

Laumann beim Kolping-Bezirkstag

Pflege benötigt viele Partner

Kreis Gütersloh (bit). Bei einer Steigerung der Zahl der Pflegebedürftigen um zwei bis drei Prozent pro Jahr sieht der Bundesbeauftragte für Patienten und Pflege, Karl-Josef Laumann (CDU), die Alterspflege zum größten Markt im Dienstleistungsbereich wachsen. Da entsprechendes Pflegepersonal rein zahlenmäßig nicht zu finden sei, sieht der Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium nur eine Lösung: das Zusammenwirken von Familie, Ehrenamt und Professionalität.

Der Politiker aus Riesenbeck sprach am Samstag beim Bezirkstag der 17 Kolpingfamilien im Altkreis Wiedenbrück. Im St.-Pius-Pfarrzentrum von Wiedenbrück begrüßte ihn Bezirksvorsitzender Christian Schlingschröder (Westerwiehe) gemeinsam mit dem CDU-Landtagsabgeordneten André Kuper aus Rietberg,

der sich dem Kolpingwerk seit Jahrzehnten verbunden fühlt, die Aktion Rumpelkammer eingeschlossen.

Laumann macht sich stark für die Tagespflege, aber mit jeweils so vielen Plätzen - etwa 25 -, dass differenziert werden könne. Der Redner: „Was nutzt es einem Senior, der Karten spielen möchte, aber niemand da ist, mit dem er überhaupt noch reden kann.“ Von Ärzten, die vor 30 Jahren als „Götter in Weiß“ betrachtet worden seien, will Laumann nichts wissen. Für ihn muss das Arzt-Patienten-Gespräch auf Augenhöhe stattfinden, so dass es auch der Laie verstehe. Die Erfolgsaussichten einer Behandlung würden dazugehören.

Für den Patientenbeauftragten ist die Einsicht in die Patientenakte selbstverständliches Anrecht und das Befragen eines zweiten Arztes in schwierigen Fällen keine Majestätsbeleidigung. Der

CDU-Politiker räumt ein, dass im Gesundheitswesen erheblich aufs Geld gepocht werde. Diese Effizienz habe dazu geführt, dass der Patient als Marktteilnehmer und nicht mehr als hilfesuchender Mensch betrachtet werde.

In diesem Zusammenhang kündigte der Politiker an, dass Krankenhäuser in zwei Jahren nicht nur sagen dürfen, was sie alles können, sondern auch über Heilerfolge berichten müssen. Die diagnosebezogene Fallpauschale hält Laumann für falsch. Ein an Demenz Erkrankter mit Blinddarmentzündung erfordere mehr Pflegeaufwand als ein geistig Gesunder. Und da die gesetzlich Krankenversicherten das Gesundheitswesen finanzieren würden, dürften sie nicht in die Rolle der Bittsteller gedrängt werden, erklärte der Staatssekretär. Seine Zusage: „Ein Termin beim Facharzt muss in vier Wochen gewährleistet sein.“